

Vorwort

»Soziale Arbeit muss wieder politischer werden.« Solche Appelle, die eine Erneuerung des Mutes zur politischen Einmischung fordern, sind neuerdings wieder häufiger zu hören. Angemahnt wird eine Modernisierung der Sozialen Arbeit, die eine Orientierung am Prinzip der sozialen Gerechtigkeit, eine grundsätzliche Option für die Schwächeren sowie Strategien der Einflussnahme auf Politik beinhaltet. Die Frage ist, ob Soziale Arbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts politikfähig ist und inwieweit sozialarbeiterische Professionalisierung und Politisierung zusammenpassen. Grund genug für die Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, das Thema »Repolitisierung der Sozialen Arbeit« in den Mittelpunkt einer Fachtagung zu stellen, zu der Praktiker und Lehrende nach Stuttgart-Hohenheim reisten.

Die in diesem Band der Hohenheimer Protokolle versammelten Beiträge geben im Wesentlichen die auf der vom 21. bis 22. Juli 2006 durchgeführten Fachtagung »Repolitisierung Sozialer Arbeit. Engagiert und professionell« gehaltenen Vorträge wieder. Ergänzt wurden diese um zwei weitere Texte, die auf der Tagung nicht vorgestellt und diskutiert wurden: Der eine Text stammt von Dr. Christian Stark aus Linz, der andere ist eine Textzusammenstellung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Thüringen. Der vorliegende Band setzt zwei Schwerpunkte: Teil I widmet sich mit seinen Beiträgen der grundsätzlichen Frage nach dem Zusammenhang von Sozialer Arbeit und Politik. Teil II erörtert dann Probleme und klärt Fragen zur Professionalisierung des Politikmachens Sozialer Arbeit.

Prof. Dr. Albert Mühlum (FH Heidelberg) wählt mit seinem Beitrag »Hat die Soziale Arbeit ein politisches Mandat? Ein Rückblick in die Zukunft« einen historischen Zugriff, um den Zusammenhang zwischen Sozialer Arbeit und Politik zu klären. Er spannt den weiten Bogen einer politischen Sozialarbeit von ihren Anfängen bis in die Gegenwart. Stets bewege sich Soziale Arbeit in der Spannung zwischen Einzelfallorientierung und Sozialreform, zwischen »Systemerhaltung« und »Systemgestaltung«. Soziale Arbeit könne insofern »nicht nicht-politisch« sein. Charakterisiert werden unterschiedliche

Ansätze (z. B. Staub-Bernasconi: Menschenrechtsprofession und Machtprobleme) und Perioden der Politisierung Sozialer Arbeit (z. B. die »fatale«, letztlich in die Forderung der »Selbstabschaffung« mündende Randgruppenstrategie der 60/70er Jahre). Schließlich problematisiert Mühlum den Zustand der Gegenwartsgesellschaft und plädiert für eine differenzierte Betrachtung der Frage nach dem politischen Mandat Sozialer Arbeit. Insbesondere gelte es zu identifizieren, wer die politisch Handelnden in der Sozialen Arbeit seien (Wohlfahrtsverbände, Soziale Arbeit vor Ort usw.) und von welchem Mandat eigentlich die Rede sei. Einem »(allgemein-)politischen Mandat« fehle die Legitimation. Dagegen gebe es sehr wohl ein fachpolitisches und ein berufspolitisches Mandat. Der professionelle Auftrag beinhaltet für Mühlum alles, was das politische Mandat will.

Hier knüpft der Beitrag »Soziale Arbeit und Sozialpolitik. Neue Anforderungen an Professionalität in einer Bürgergesellschaft« von Prof. Dr. Michael Opielka (FH Jena) an. Für ihn ist ein »kluges Wissen um die Welt« (Zitat aus dem Vortrag) unverzichtbarer Teil der Politisierung Sozialer Arbeit. Er beklagt einen Mangel an Bewusstsein für die sozialpolitische Konstituierung der Sozialen Arbeit. »Depolitisierung« sei die Folge, weil zwar »weder die praktischen noch die akademischen VertreterInnen der Disziplin bewusst die Abwertung ihrer Klienten wollen, zugleich aber zu wenig politische Reflexivität gelehrt und kommuniziert wird«. Soziale Arbeit als Teil der Sozialpolitik kann nur dann politisch wirksam werden, wenn sie über fundiertes Wissen zu Funktion und Normativität des Sozialstaates verfügt. Ein besonderes Anliegen ist es Opielka, die enge Verbindung zwischen unterschiedlichen Wohlfahrtsregimes und Theorien sozialer Gerechtigkeit aufzuzeigen. Dabei ergänzt er die klassische Trias (liberal, sozialdemokratisch, konservativ) um ein viertes »garantistisches«, auf Bürgerversicherung und Bürgerpartizipation gründendes Modell. Die »Legitimität sozialpolitischer Investitionen« muss immer wieder neu erkämpft werden. »Wer sich advokatorisch, anwaltlich auf die Seite der sozial Schwächsten stellt, benötigt einen gesellschaftspolitisch sensiblen und kenntnisreichen Blick.«

Prof. Dr. Roland Merten (Universität Jena) reitet in seinem Beitrag »Zwischen politischem Anspruch und verschlafenen Chancen. Soziale Arbeit im Selbstgespräch über eine Re-Politisierung« eine scharfe Attacke gegen jede Politisierungsromantik in der Sozialen Arbeit. In sieben Thesen weist er an Beispielen (Zeugnisverweigerungsrecht, Berufsverband, Bundeskongress Soziale Arbeit, Hartz IV

usw.) detailliert die Politik(un)fähigkeit Sozialer Arbeit nach. Soziale Arbeit sei weder in der Lage, ihre eigenen berufspolitischen Interessen mit Nachdruck zu vertreten, noch gelänge ihr die öffentlichkeitswirksame Thematisierung zentraler sozialpolitischer Problemlagen und Reformen. Politikberatungsfunktionen seien zu schwach ausgeprägt, und in ihrer Anwalts- und Stellvertreterfunktion würde die Soziale Arbeit immer wieder versagen. Politisierungsanspruch und Professionalisierung erscheinen Merten als Gegensätze. Er rät der Sozialen Arbeit, sich auf »*professionelles Handeln* mit und für die Klienten« zu konzentrieren. »Diese im besten Sinne des Wortes individualisierte Hilfe« sei »nutzbringender als die politische Unterschiede einebnende Forderung nach oder Hoffnung auf eine Re-Politisierung Sozialer Arbeit.«

Dagegen plädiert Dr. Christian Stark (FH Linz) in seinem Beitrag »Politisches Engagement in der Sozialarbeit – Ist die politische Sozialarbeit tot?« für politische Einmischung i. S. einer Sozialarbeit als Menschenrechtsprofession. Nach seiner an den Stellungnahmen der International Federation of Social Work (IFSW) orientierten, begrifflichen Klärung der politischen Funktionen Sozialer Arbeit unterstreicht er mit Erörterungen zu den Konzeptionen einer politischen Sozialarbeit bei Jane Adams, Ilse von Arlt, Saul Alinsky, Harry Specht oder Kharam Khella zunächst noch einmal die politischen Traditionen Sozialer Arbeit, um so schärfer die Auswirkungen des neoliberalen, ökonomischen Paradigmas auf die Gegenwart Sozialer Arbeit anprangern zu können. Er fordert von der Sozialen Arbeit »Widerstand gegenüber einer Politik, die von der Sozialen Arbeit Anpassung an so genannte Sachzwänge verlangt«. Ein Widerstand, der auf »einer wissenschaftlich fundierten Analyse der Probleme der Klientel der Sozialarbeit und deren gesellschaftlichen Ursachen und einer Berufsethik basiert, die auf dem Hintergrund der Menschenrechte und Prinzipien sozialer Gerechtigkeit die neoliberale Weltreligion in Frage stellt«.

Der Beitrag von Prof. Dr. Günter Rieger (Berufsakademie Stuttgart) leitet den zweiten Teil des Bandes ein. Rieger begreift »Politisierung als professionelle Herausforderung«. In diesem Sinne leistet der Beitrag zunächst eine sozialarbeitstheoretische Begründung des politischen Handlungsauftrags Sozialer Arbeit. Politik zu machen – so kann im Rahmen der soziologischen Systemtheorie gezeigt werden –, ist für die Soziale Arbeit nicht mehr und nicht weniger als eine weitere Handlungsform neben Beraten, Beschaffen, Betreuen usw. Als Handlungsform einer Profession sollte das Politikmachen

aber selbst professionellen Standards genügen. Wissensbasierung und Ethikorientierung professionellen Handelns wirken spezifischen, mit der Politisierung Sozialer Arbeit verbundenen Gefahren (Emotionalisierung/Ideologisierung, Instrumentalisierung, Unbalancen und Ineffektivität) entgegen und erhöhen ihre Politikfähigkeit. Anregungen zur professionellen Politikgestaltung bieten jüngste Entwicklungen (anwendungsorientierte Wende) in diversen Forschungsfeldern der Politikwissenschaft (Politikberatung, Verbändeforschung, Mikropolitik, Policy-Analyse akteurzentrierter Institutionalismus, Governance-Konzept). So begründet der Governance-Ansatz eine Vielfalt politischer Handlungsformen (Lobbyarbeit, Gremienarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, politische Aktion usw.), die Bedeutung einer möglichst weitgehenden Partizipation der Betroffenen und die notwendige Wertorientierung des Politikmachens in der Sozialen Arbeit.

Prof. Dr. Christian Beck (Kath. Universität Eichstätt) legt mit »Zwischen Revolution und Ökonomie. Über einige Aspekte sozialer Anwaltschaft« den Finger in die klaffende Wunde der sozialarbeiterischen Anwaltsrolle. Nach einigen theoretischen Ausführungen zum Prinzip der Anwaltschaft provoziert er mit der Offenlegung der Widersprüche des Anwaltspostulats. Am Beispiel der Caritas macht er deutlich, wie der im Verbandsleitbild postulierte Anspruch, Anwalt der Benachteiligten zu sein, immer wieder mit den scheinbaren Sachzwängen und Anpassungsbedürfnissen eines Dienstleistungskonzerns kollidiert. Er fordert und begründet ein eindeutiges und vorrangiges Bekenntnis der Caritas zur Anwaltschaft.

Dr. Chantal Munsch (TU Dresden) macht mit ihren Forschungen zum schichtspezifischen Engagement im Rahmen von Bürgerengagement deutlich, welche Hindernisse zu überwinden und Probleme zu berücksichtigen sind, wenn man die politische Partizipation von Benachteiligten fördern will. Sie liefert damit einen Beitrag zur weiter gesteckten Frage nach der möglichen politischen Selbstorganisation von Betroffeneninteressen. In ihrem Beitrag betont sie, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur integrierend, sondern auch ausgrenzend wirkt. Themen, Strukturen und Kommunikationsprozesse des Engagements in Vereinen und Initiativen seien zumeist mittelschichtorientiert und ließen andere Engagementformen und Erfahrungen kaum zu. Fragen nach den Ursachen von Ausgrenzung und sozialer Ungleichheit würden im Bürgerengagement kaum thematisiert, dagegen individualisierte Betrachtungsweisen und gesellschaftsunkritische Lösungsstrategien propagiert. Es ergibt sich die

Forderung nach einer »Repolitisierung des bürgerschaftlichen Engagements«.

Der Beitrag von Thomas Engemann, Dr. Jörg Fischer, Reinhard Müller und Wolfgang Volkmer »Die Repolitisierung Sozialer Arbeit aus der Sicht eines Wohlfahrtsverbandes« rundet die Diskussion ab. Am Beispiel des PARITÄTISCHEN Wohlfahrtsverbandes in Thüringen erörtern sie praxisnah Notwendigkeit und Chancen einer Politisierung Sozialer Arbeit. Die Wohlfahrtsverbände müssen ihre Handlungsstrategien an einer sich wandelnden gesellschaftlichen und sozialpolitischen Umwelt ausrichten. Gefordert sind ein besseres Management der Organisationen und Einrichtungen Sozialer Arbeit, die Qualitätssteigerung bei den erbrachten sozialen Dienstleistungen, aber ebenso ein »gesellschaftspolitischer Mitgestaltungsanspruch«. Der Auftrag Sozialer Arbeit beinhaltet eben auch »die Analyse von sozialen Problemen und damit auch die Mitkonstruktion von sozialer Wirklichkeit, die Artikulation und Befriedigung von sozialem Bedarf sowie die politische Beeinflussung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen«. Allerdings stellen die Autoren hier auch fest, »wie wenig sich die Soziale Arbeit ihres immanent politischen Charakters derzeit bewusst ist«. Exemplarisch zeigen sie an der »Gemeinwesenarbeit Thüringen«, wie am dortigen »Kompetenzzentrum Demographie« die »kontinuierliche Politikberatung« und politisch gestaltende Einmischung als fachliches Handeln zu organisieren sind. Schließlich betonen sie, dass »politische Lobbyarbeit« in der Sozialen Arbeit spezifische Schlüsselkompetenzen voraussetzt. »In der Praxis wird ... von Führungskräften die qualifizierte Einmischung in politische Diskussionsprozesse, aktiver Lobbyismus sowie der Aufbau von engen Partnerschaften mit den Entscheidern in der Politik – kurzum: effektive Netzwerkarbeit – erwartet.« Wie die politische Lobbyarbeit zu fördern ist, zeigen sie an praxisnah ausbuchstabilerten »Strategien der Lobbyarbeit«. Leider – so ihre Feststellung – werden entsprechende Fähigkeiten in den Bachelor-, Diplom- und Masterstudiengängen bislang kaum gelehrt.

An wen wendet sich der vorliegende Band? Er wendet sich zunächst an die Vertreterinnen und Vertreter der sozialberuflichen Praxis. Die Herausgeber würden sich freuen, wenn die in diesem Band dokumentierten Beiträge bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern sowie bei Angehörigen verwandter Berufe Interesse fänden. Das Buch richtet sich darüber hinaus an Studierende und Lehrende an Hochschulen. Mit ihnen soll ebenso wie mit den in sozialen Berufen Tätigen der Austausch über die Frage nach politischen Hand-

lungsansätzen der Sozialen Arbeit weiter gesucht und intensiviert werden. Die Herausgeber danken allen, die an dem Hohenheimer Protokoll »Repolitisierung Sozialer Arbeit« mitgewirkt haben, und erhoffen sich von den vorliegenden Texten Impulse für die Weiterführung der Diskussion in Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit.

Dr. Manfred Lallinger

Prof. Dr. Günter Rieger